

**BERLIN - INTERN
DER INFOBRIEF**



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Inhaltsverzeichnis:

Nr. 39 / 2017 (29. September 2017)

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
3. Eckwerte des Arbeitsmarktes im September 2017
4. Gesetzliche Neuregelungen zum 01.10.2017
5. Wirtschaftsaufschwung hält an
6. Öffentliche Schulden zum Ende des 1. Halbjahres 2017 um 2,9 % gesunken
7. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

natürlich war es am vergangenen Sonntag um 18.00 Uhr bei der Verkündung der Prognose für das Bundestagwahlergebnis eher still, da wir als Union doch mit dem einen oder anderen Prozentpunkt mehr gerechnet hatten. Die Stimmung hat sich aus Brandenburger Sicht im Laufe des Abends aber wesentlich aufgehellt, als nach und nach die Ergebnisse aus den Wahlkreisen eingetroffen sind. Mit dem Gewinn von 9 von 10 Direktmandaten in Brandenburg haben wir unser Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl bestätigen können. Ein großer Erfolg für die Brandenburger Union insbesondere wenn man bedenkt, dass die Ausgangssituation doch weit schwieriger als beim letzten Mal war. Als Landesgruppe Brandenburg der sind wir damit gut aufgestellt, um uns auch in der

kommenden Legislaturperiode nachhaltig in den für Brandenburg wichtigen Politikbereichen wie Energie, Infrastruktur, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Gesundheit sowie die Zukunft der Europäischen Union zu engagieren.

Die Mitglieder der Landesgruppe danken allen Wählerinnen und Wählern für ihre Stimme und ihr Vertrauen.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am vergangenen Dienstag hat sich die Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konstituiert. Einstimmig ist Michael Stübgen in seinem Amt als Landesgruppenvorsitzender bestätigt worden. Ebenfalls einstimmig wurde Jens Koeppen zum stellvertretenden Landesgruppenvorsitzenden gewählt. Mit Frau Dr. Dietlind Tiemann konnten wir zudem ein neues Mitglied in unserer Landesgruppe begrüßen.

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender
Wahlkreis 65 / Elbe-Elster –
Oberspreewald-Lausitz II



Bildquelle: Fotograf: Laurence Chaperon

Jens Koeppen, MdB
Stellvertretender Landesgruppenvorsitzender
Wahlkreis 57 / Uckermark – Barnim I



Bildquelle: Fotograf: Laurence Chaperon

Die weiteren Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge:

Uwe Feiler, MdB

Wahlkreis 58 / Oberhavel – Havelland II



Bildquelle: Fotograf: Laurence Chaperon

Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Wahlkreis 59 / Märkisch-Oderland – Barnim II



Bildquelle: Fotograf: Laurence Chaperon

Martin Patzelt, MdB

Wahlkreis 63 / Frankfurt (Oder) – Oder-Spree



Bildquelle: Fotograf DBT Fr. von Saldern

Jana Schimke, MdB

Wahlkreis 62 / Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III–Oberspreewald-Lausitz I



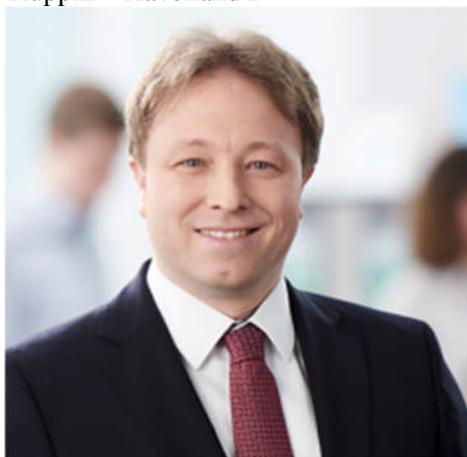
Bildquelle: Fotograf: Karoline Wolf

Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Wahlkreis 64 / Cottbus – Spree-Neiße



*Bildquelle: Fotograf: Carsten Handrick,
Spremberg*

Sebastian Steineke
Wahlkreis 56 / Prignitz – Ostprignitz-
Ruppin – Havelland I



Bildquelle: Fotograf: CDU/Jan Kopetzky

Dr. Dietlind Tiemann, MdB
Wahlkreis 60 / Brandenburg an der Havel –
Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-
Fläming I



3. Eckwerte des Arbeitsmarktes im September 2017

Die Arbeitslosenzahl ist im September um 96.000 auf 2.449.000 und damit auf 5,5, Prozent gesunken. Der Rückgang fiel stärker aus als üblich. Deshalb hat die Arbeitslosigkeit auch bereinigt um die saisonalen

Einflüsse abgenommen und zwar um 23.000 im Vergleich zum Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr waren 159.000 weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit belief sich im August auf 1,60 Millionen und die Erwerbslosenquote auf 3,7 Prozent.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben im Vergleich zum Vorjahr weiter kräftig zugenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept) im August saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 64.000 gestiegen. Mit 44,50 Millionen Personen fiel sie im Vergleich zum Vorjahr um 692.000 höher aus. Der Anstieg geht allein auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurück. Diese hat nach der Hochrechnung der BA von Juni auf Juli saisonbereinigt um 57.000 zugenommen. Insgesamt waren im Juli nach hochgerechneten Angaben 32,15 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 888.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt auf anhaltend hohem Niveau weiter an. Im September waren 773.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 86.000 mehr als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich die Nachfrage gegenüber dem Vormonat um 11.000 erhöht. Der Stellenindex der BA (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland – stieg im September 2017 um 4 Punkte auf 244 Punkte. Der Vorjahresabstand fällt mit einem Plus von 24 Punkten weiterhin sehr deutlich aus.

Insgesamt 684.000 Personen erhielten im September 2017 Arbeitslosengeld, 42.000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) lag im September bei 4.337.000. Gegenüber September 2016 war dies ein Anstieg von 31.000 Personen. 8,0 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter waren damit hilfebedürftig.

4. Gesetzliche Neuregelungen zum 01.10.2017

4.1. Sozialkassenverfahren

Sozialkassenverfahren sichern Urlaubsansprüche, fördern Berufsausbildung und Altersversorgung. Seit dem 8. September 2017 regelt eine eigenständige Rechtsgrundlage den Beitragseinzug und die Leistungsgewährung.

4.2. Mindestlohn bei Geld- und Wertdiensten

Beschäftigte von Geld- und Wertdiensten haben rückwirkend zum 1. März 2017 Anspruch auf einen neuen Branchenmindestlohn. Die *Verordnung* tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft.

4.3. Nach dem Krankenhausaufenthalt gut versorgt

Ab 1. Oktober 2017 können Krankenhäuser für bis zu sieben Tage Medikamente, Heil- und Hilfsmittel oder häusliche Krankenpflege verordnen sowie Arbeitsunfähigkeit bescheinigen. Weiterbehandelnden Ärzte und Einrichtungen sind vom Krankenhaus zu informieren. Stationäre und ambulante Behandlung sind so besser miteinander verzahnt.

4.4. Bessere Energieeffizienz für Warmwasserbereiter

Seit dem 26. September 2017 erhalten Warmwasserbereiter und Warmwasserspeicher eine zusätzliche Energieeffizienzklasse, nämlich A+. Die schlechtere Klasse G fällt weg. Darüber hinaus werden sogenannte Verbundanlagen mit den Energieeffizienzklassen A+ bis G ausgezeichnet.

4.5. Strengere Regeln für Drohnen

Drohnen oder Modellflugzeuge über 250 Gramm müssen eine feuerfeste Plakette mit Namen und Anschrift des Eigentümers tragen. Das gilt ab 1. Oktober 2017. Ab diesem Zeitpunkt erfordert der Betrieb von Drohnen oder Modellflugzeuge ab zwei Kilogramm auch einen Kenntnissnachweis.

4.6. Hasskriminalität in sozialen Netzwerken bekämpfen

Hasskriminalität im Netz wird künftig wirksamer bekämpft. Betreiber von sozialen Netzwerken werden dazu verpflichtet, strafbare Inhalte schnell zu löschen oder zu sperren. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft.

4.7. Rechte Beschuldigter stärken

Beschuldigte haben künftig in Strafverfahren mehr Rechte. So hat ihr Verteidiger ein ausdrückliches Anwesenheitsrecht bei polizeilichen Vernehmungen. Während der Hauptverhandlung gibt es keine Kontaktsperre mehr. Das Gesetz ist am 5. September 2017 in Kraft getreten.

4.8. Wegfall der EU-Quoten für Zuckerproduktion

Ab dem 1. Oktober 2017 entfallen in der EU die Produktionsquoten sowie die Produktionsabgabe für Zucker und Isoglukose. Gleichzeitig entfällt der Mindestpreis für in der EU angebaute Zuckerrüben. Das stärkt die marktwirtschaftliche Orientierung des Zuckersektors.

5. Wirtschaftsaufschwung hält an

Die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose haben heute in Berlin ihr neues Herbstgutachten vorgestellt. Die Institute prognostizieren für Deutschland eine kräftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Vor dem Hintergrund eines aufgehellten außenwirtschaftlichen Umfelds erwarten sie in diesem Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 1,9 Prozent. Auch in den kommenden Jahren wird sich nach Ansicht der Institute der Aufschwung schwingungsvoll fortsetzen, für die Jahre 2018 und 2019 prognostizieren sie Wachstumsraten von 2,0 Prozent und 1,8 Prozent.

Der Aufschwung habe an Stärke und Breite gewonnen. Investitionen und Impulse aus der Außenwirtschaft tragen zunehmend zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei, so die Institute. Der private Konsum bleibe eine tragende Säule des Wachstums. Grundlage hierfür ist die anhaltend dynamische Entwicklung am Arbeitsmarkt. Für die kommenden Jahre sehen die Experten hier aber Anzeichen für Knappheiten in bestimmten Bereichen. Die Institute erwarten merkbare strukturelle Haushaltsüberschüsse, die dazu genutzt werden könnten, die ökonomischen Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft weiter zu verbessern.

Die Bundeswirtschaftsministerin wird die Herbstprojektion der Bundesregierung am 11. Oktober 2017 vorlegen.

6. Öffentliche Schulden zum Ende des 1. Halbjahres 2017 um 2,9 % gesunken

Der Öffentliche Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte) war beim nicht-öffentlichen Bereich zum Ende des ersten Halbjahres 2017 mit 1 977,8 Milliarden Euro verschuldet. Zum nicht-öffentlichen Bereich zählen Kreditinstitute sowie der sonstige inländische Bereich (zum Beispiel private Unternehmen) und der sonstige ausländische Bereich. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis vorläufiger Ergebnisse weiter mitteilt, sank der Schuldenstand gegenüber dem Ende des ersten Halbjahres 2016 um 2,9 % beziehungsweise 59,8 Milliarden Euro. Dabei konnten alle Ebenen ihre Verschuldung verringern. Gegenüber dem ersten Quartal 2017 sank der Schuldenstand um 0,4 % beziehungsweise 7,3 Milliarden Euro. Auch in diesem Zeitraum bauten alle Ebenen ihre Verschuldung ab.

Die Verschuldung des Bundes verringerte sich gegenüber dem Ende des ersten Halbjahres 2016 um 42,3 Milliarden Euro beziehungsweise 3,3 % auf 1.244,0 Milliarden Euro. Der Bund konnte seine aufgenommenen Kredite um 26,9 Milliarden Euro (- 38,7 %) und seine Wertpapiersschulden um 18,2

Milliarden Euro (– 1,5 %) abbauen. Die Kassenkredite dagegen stiegen um 2,8 Milliarden Euro (+ 11,0 %) an.

Die Länder waren zum Ende des ersten Halbjahres 2017 mit 592,9 Milliarden Euro verschuldet, was einem Rückgang um 2,4 % beziehungsweise 14,8 Milliarden Euro gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 entspricht. Hohe prozentuale Rückgänge gab es in Sachsen (– 23,3 %), Bayern (– 11,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (– 9,6 %) und Hessen (– 8,6 %). Die prozentual höchsten Zuwächse hatten Hamburg (+ 7,3 %) und Schleswig-Holstein (+ 4,6 %), im Wesentlichen bedingt durch die Übertragung von notleidenden Altkrediten der HSH Nordbank an die neu gegründete „hsh portfoliomanagement AöR“.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände sank gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 1,8 % (– 2,6 Milliarden Euro) auf 140,5 Milliarden Euro. Die prozentualen Rückgänge der Schuldenstände der Gemeinden und Gemeindeverbände waren in Sachsen (– 8,4 %), Sachsen-Anhalt (– 6,4 %) und Hessen (– 5,0 %) besonders hoch. Schuldenzuwächse gab es in Schleswig-Holstein (+ 1,5 %) und Baden-Württemberg (+ 1,0 %).

7. Kurz notiert

7.1. Reallöhne im 2. Quartal 2017 weiterhin deutlich im Plus

Der Reallohnindex in Deutschland ist nach den Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung vom zweiten Quartal 2016 bis zum zweiten Quartal 2017 um 1,2 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, betrug der nominale Verdienstanstieg 2,9 %. Der Verbraucherpreisindex legte im selben Zeitraum um 1,7 % zu. Die deutliche Reallohnsteigerung ist auf überdurchschnittlich gestiegene Verdienste der Beschäftigten zurückzuführen: Der nominale Verdienstzuwachs in Höhe von 2,9 % lag einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten 20 Quartale. Dies lag unter anderem daran, dass binnen Jahresfrist ein Doppelausschluss im Bereich des öffentlichen Dienstes zu überdurchschnittlich starken Verdienstzuwächsen in der Öffentlichen Verwaltung (+ 4,5 %) sowie im Bereich „Erziehung und Unterricht“ (+ 3,6 %) geführt hat. Zwischen den einzelnen Leistungsgruppen gab es keine gravierenden Unterschiede in den Verdienstzuwächsen. Mit + 3,1 % war der Verdienstanstieg bei den ungelerten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am größten, gefolgt von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in leitender Stellung sowie den Fachkräften mit jeweils + 3,0 %. Die Verdienste von angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (+ 2,8 %) sowie herausgehobenen Fachkräften (+ 2,7 %) sind leicht unterdurchschnittlich gestiegen.

7.2. 1. Halbjahr 2017: Starker Fahrgastanstieg im Nah- und Fernverkehr mit Eisenbahnen

Im ersten Halbjahr 2017 nutzten in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen über 5,8 Milliarden Fahrgäste den Linienverkehr mit Bussen und Bahnen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, entspricht das einem Zuwachs des Fahrgastaufkommens um 1,1 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2016. Durchschnittlich waren dies täglich über 32 Millionen Fahrten im Linienverkehr mit Bussen und Bahnen. Am stärksten nahm der Nahverkehr mit Eisenbahnen und S-Bahnen mit + 3,4 % auf 1,3 Milliarden Fahrgäste zu. Der Fernverkehr mit Eisenbahnen erzielte mit 68 Millionen Reisenden einen Zuwachs von 2,4 %. Im Nahverkehr insgesamt beförderten die Unternehmen im ersten Halbjahr 2017 mehr als 5,7 Milliarden Fahrgäste. Neben Eisenbahnen und S-Bahnen wurden auch Straßen-, Stadt- und U-Bahnen häufiger genutzt (+ 2,0 % auf 2,0 Milliarden Fahrgäste). Die Beförderung in Omnibussen war dagegen leicht rückläufig (– 0,3 % auf 2,7 Milliarden Fahrgäste). Den Linienfernverkehr mit Omnibussen nutzten 10,6 Millionen Fahrgäste, dies waren – 0,5 % weniger als im ersten Halbjahr 2016.

7.3. 18,4 Milliarden Euro Steuereinnahmen durch Genussmittelkonsum

Der Konsum von Genussmitteln hat den Kassen von Bund und Ländern im Jahr 2016 Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 18,4 Milliarden Euro eingebracht. Damit lagen die Einnahmen aus Genussmittelsteuern um 3,9 % niedriger als im Vorjahr. Im langjährigen Vergleich werden aber relativ konstante Einnahmen aus diesen Steuern erzielt. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte es bereits im Jahr 2002 Einnahmen in Höhe von 18,3 Milliarden Euro gegeben. Auf die Tabaksteuer geht der mit Abstand höchste Anteil an der Genussmittelsteuer zurück, der seit Jahren bei circa 75 % liegt. Im Jahr 2016 wurden über die Tabaksteuer 14,2 Milliarden Euro eingenommen. Weitere 4,2 Milliarden Euro konnten im Jahr 2016 mit anderen Genussmittelsteuern eingenommen werden: Im Einzelnen wurden aus der Branntweinsteuer 2,1 Milliarden Euro, der Kaffeesteuer 1,0 Milliarden Euro, der Biersteuer 0,7 Milliarden Euro und der Steuer auf Schaumwein beziehungsweise Zwischenerzeugnisse (wie zum Beispiel Sherry) 0,4 Milliarden Euro vereinnahmt. Nur sehr geringe Einnahmen von 1,3 Millionen Euro erbrachte dagegen die Alkopopsteuer, die Mischungen aus Softdrinks und Alkohol besteuert. Das Biersteueraufkommen steht den Bundesländern zu. Alle anderen Steuereinnahmen aus Genussmitteln fließen in die Bundeskasse.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent